



Zur Zukunft der Zürcher Sekundarschule

Inhalt

1. Ausgangslage
 2. Problemanalyse
 3. Zehn Standpunkte zur inneren Reform der Sekundarschule
 4. Entstehung der heutigen Form der Sekundarschule und Gedanken zu einer Abschaffung der Sekundarstufe C
-

1. Ausgangslage

Der Fokus der Schulentwicklung der letzten Jahre richtete sich in erster Linie auf die Weiterentwicklung der schulischen Strukturen. Von grosser Bedeutung waren und sind diesbezüglich die neue Lehrerausbildung, die Einführung der Gegliederten Sekundarschule als Alternative zur dreiteiligen Sek. sowie das neue Volksschulgesetz, das die Grundlage für Schulleitungen, Tagesstrukturen, Blockzeiten darstellt und ein vermehrt integrativ ausgerichtetes sonderpädagogisches Angebot anstrebt. Parallel wurden dutzende kleinere Reformprojekte angepackt.

Inzwischen macht sich neben positiven Ergebnissen vielerorts auch Ermüchterung breit; Sprachenlernen ist im frühen Alter doch nicht so einfach wie vermutet; die neue Gegliederte Sekundarschule bringt nicht die von vielen erhoffte Verbesserung; Elternmitarbeit an den Schulen ist für beide Seiten aufwändig, die Leistungen der SchülerInnen haben sich an Schulen mit Elternmitwirkung jedoch nicht verbessert; die Einführung der integrierten Schulungsform ist nicht von heute auf Morgen umsetzbar und wird über Jahre viele Ressourcen binden.

Mit zahlreichen Ideen wurde die Reformphase gestartet. Jeder hat auf seiner Seite ein wenig an den Rädchen der Volksschule gedreht, jeder mit seinen eigenen Ideen etwas Neues lanciert. Was neu war, war lange Zeit automatisch auch gut. Das «neue Haus des Lernens» war innovativ, doch wurde es von Schulentwicklern und -entwicklerinnen entworfen, die in erster Linie bildungs- und gesellschaftspolitische Ideologien vor Augen hatten und dabei die tatsächlichen Gegebenheiten und sich stellenden Probleme der entsprechenden Schulen übersahen oder falsch einschätzen. Sie gingen von teilweise falschen Voraussetzungen und unzulässigen Vergleichen mit anderen Ländern aus.*

Da einige Reformschritte nicht die erhofften Resultate brachten, ist man nun versucht, wieder bei den Strukturen zu beginnen und neue strukturelle Veränderungen in die Wege zu leiten. So beabsichtigt der Bildungsrat mit Beschluss vom 5. Juli 2004 eine nächste Strukturreform an der Oberstufe einzuleiten. Er möchte die Anzahl der Schultypen der Sekundarstufe von drei auf zwei reduzieren und damit die Aufhebung der Sekundarschule C (vormals Oberschule) erwirken.

Ein neuerliches Schrauben an den Strukturen wird jedoch nicht zum erhofften Resultat und zu keiner Verbesserung der Schulqualität führen. Strukturen mögen gute Voraussetzungen für das Lernen schaffen, sie beeinflussen die Schulqualität jedoch nur am Rande. Dies wurde in zahlreichen Studien nachgewiesen. Schulqualität ist hauptsächlich von anderen Faktoren abhängig. Die kaum überraschende Feststellung, dass es letztlich auf die Arbeit jeder einzelnen Lehrkraft ankommt, hätte die Reformdiskussion längst in andere Bahnen lenken müssen. Ein Konzept für eine langfristig qualitätssichernde Entwicklung unserer Volksschule müsste anstelle von viel diskutierten Strukturen Inhalte als Ausgangsbasis haben. Anstelle von gesellschaftspolitischen Idealen muss die Analyse der aktuellen Probleme in den Schulen zu Diskussionen und neuen Reformideen führen.

*Ein Beispiel mag hier die Elternmitwirkung sein, die von den angelsächsischen Ländern importiert wurde, wo man das System unserer Laienschulpflegen nicht kennt. In der Schweiz jedoch stehen wir nun vor der paradoxen Situation, dass wir überall die Schulpflegen verkleinern, welche die Schulen führen und zu rund drei Vierteln aus Eltern bestehen. Gleichzeitig fordern wir mehr Elternmitsprache in der Schule durch den Aufbau von Elternräten.

2. Problemanalyse

Folgendes sind die zurzeit drängendsten Probleme der Oberstufe:

Unbefriedigende Zusammenarbeit der Bildungspartner

Für das Gelingen von Reformen und den notwendigen strukturellen Anpassungen ist eine konstruktive Zusammenarbeit der Beteiligten und die gegenseitige Anerkennung als Partner im Bildungsprozess eine entscheidende Voraussetzung. In der Vergangenheit lief nicht immer alles rund. Vom Bildungsrat wurden selbst eindeutige Meinungen der gesamten Lehrerschaft (Schulkapitel) kaum berücksichtigt. Dies führte zu einer Verhärtung der Fronten: Die einen „schmuggelten“ Reformvorhaben mittels intransparenter Winkelzüge an einer demokratischen Entscheidungsfindung vorbei, die anderen reagierten darauf mit Resignation und innerem Rückzug. (vgl. These 1)

Fehlender gesamtgesellschaftlicher Konsens über Bildungsinhalte und Ziele

Was Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit wissen müssen und wo die Prioritäten zu setzen sind, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Sind es möglichst viele Sprachen, ist es Sozialkompetenz oder sind es Computerkenntnisse? Der aktuelle Lehrplan gibt darauf keine Antworten. Er ist so offen formuliert, dass jede Auslegung möglich ist. So kommt es, dass der eine Lehrer in der Mittelstufe die Entstehung der Eidgenossenschaft paukt, während der andere mit seinen Schülerinnen und Schülern ein Theater einübt. Da verbindliche Mindeststandards weder definiert noch gemessen werden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, wer im Laufe der Volksschule wirklich was lernt.

Modetrends folgend tritt in der Öffentlichkeit einmal diese Kompetenz in den Vordergrund, einmal jene. Schreit alles Frühenglisch!, so wird im Stundenplan Platz geschaffen dafür, andere, gerade nicht im Trend liegende Fächer werden reduziert. Schreit kurz darauf alles «PISA – die Kinder müssen besser Deutsch lernen!» wird wieder umdisponiert. Dies kann jedoch nicht der Sinn der Sache sein und bringt viel Unruhe ins System. (vgl. These 2)

Einfluss veränderter gesellschaftlicher Strukturen auf die Schule

Die familiären Verhältnisse der Kinder haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten stark verändert. Frauen sind vermehrt berufstätig, die Gesellschaft ist mobiler geworden, die Scheidungsraten sind stark gestiegen und die Erziehungsgewohnheiten waren ebenfalls einem grossen Wandel unterworfen. Diese Veränderungen haben den Schulalltag in hohem Masse beeinflusst. Lehrpersonen sehen sich mit immer mehr Problemen konfrontiert, die mit dem Unterricht nur noch am Rande zu tun haben. «Die Eltern tun das nicht mehr, also muss sich die Schule darum kümmern.» ist eine vorherrschende Haltung. Da ein eigentlicher Berufsauftrag und eine klare Abgrenzung fehlen, werden Lehrpersonen immer mehr durch Aufgaben in Anspruch genommen, die nicht zu ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, gehören. Damit gehen die Ressourcen für ihren Kernauftrag verloren, ihre Aufmerksamkeit wird von Problemfällen absorbiert, pflegeleichte und lernwillige Schülerinnen und Schüler kommen zu kurz.

Die Einführung von Tagesstrukturen stabilisiert zwar das schulische Umfeld und unterstützt pädagogische Anliegen der Schule. Damit ist es aber noch nicht getan, denn weite Bereiche der Erziehung sind nach wie vor Sache des Elternhauses. Freizeitaktivitäten und massvoller Medienkonsum können nicht von der Schule aus bestimmt werden. Auch die Schule muss daher Wege finden, wie die erzieherische Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus verstärkt werden kann. (Thesen 7,8)

Mangelhafte Lehrmittel

Die aktuellen Lehrmittel sind für den Unterricht ein grosses Problem sowohl auf Primar- wie auch auf Sekundarstufe. Moderne Lehrmittel für die Oberstufe, die auf allen Niveaus eingesetzt werden können, weisen oft einen Basisstoff auf, der für die unteren Anforderungsstufen zu anspruchsvoll ist. Zudem fehlt es in vielen Fällen an ausreichendem Übungsmaterial für die unteren Niveaus. Bei einer sorgfältigen Erprobung müssten solche Mängel eigentlich zu Tage treten. Die Resultate der jüngsten Lehrmittelproduktionen zeigen aber, dass auf

Grund des Reformdrucks bei einigen Lehrmitteln die vorgesehenen Erprobungsphasen nicht mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt wurden. Mit der Begutachtung der Lehrmittel in den Schulkapiteln können zwar nachträglich grundlegende Korrekturen verlangt werden, dennoch bleibt die Tatsache, dass wenig geeignete Lehrmittel oft jahrelang in den Schulen Verwendung finden müssen. Dieses

Problem wurde auch von der Politik erkannt, die im neuen Volksschulgesetz explizit eine neue Lehrmittelkommission verankerte, die praxistaugliche Lehrmittel erarbeitet.

Die Überprüfung standardisierter Bildungsziele macht zudem nur Sinn, wenn die Lehrmittel in wesentlichen Teilen auf diese Ziele hin ausgerichtet sind. Davon sind wir zurzeit noch meilenweit entfernt. (vgl. Thesen 4,6)

Ungelöste Probleme bei der Integration Fremdsprachiger

Die Schweiz weist im internationalen Vergleich die mit Abstand höchste Zahl fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler auf. Dieser Umstand belastet das System Schule nach wie vor auf allen Stufen stark. Die Klassen der Sekundarstufe C (vormals Oberschule) weisen einen übermässig hohen Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler auf. Fremdsprachige Jugendliche scheitern nicht nur im Fach Deutsch, sondern auch in andern Fächern auf Grund ihres mangelnden Sprachverständnisses. Satzaufgaben in Mathematik können für sie zum Beispiel zu unüberwindbaren Hürden werden. Fremdsprachigen Jugendlichen ist so die Möglichkeit verwehrt, ihre kognitiven Fähigkeiten in Leistung umzusetzen. (vgl. These 10)

Überlastung der Lehrkräfte

Durch die zahlreichen grossen und kleinen Reformen der letzten Jahre sowie geplante Reformvorhaben leiden auch viele Lehrkräfte unter chronischer Überlastung. Dadurch fehlt die Zeit für eine sorgfältige Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Die Überlastung führt zu einer Zunahme der Fälle von Burnout, zu einer kürzeren durchschnittlichen Verweildauer im Schuldienst und damit zu einem starken Know-how-Verlust.

Die Sparmassnahmen des Kantons haben mit der Vergrösserung der Schulklassen und den knappen Mitteln, die für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes zur Verfügung stehen, das ihre zur allgemeinen starken Belastung beigetragen. (vgl. Thesen 1,7)

Falsch verstandene Chancengleichheit

Wenn auch nicht offen ausgesprochen und als Ziel deklariert, so ist unser Bildungswesen doch in seinem Agieren darauf ausgerichtet, jede Schülerin und jeden Schüler möglichst zu gleich hohen Leistungen zu führen. Eine falsch verstandene Chancengleichheit, die eigentlich jedem Kind dieselben Start- und Unterstützungschancen ermöglichen soll, wird damit zu einer versuchten Leistungsgleichheit. Mit zahlreichen Unterstützungsmassnahmen wird versucht, kognitiv schwache Kinder auf denselben Stand wie die restliche Klasse zu bringen. In der Oberstufe gilt für alle Anforderungsstufen derselbe Lehrplan und in vielen Fächern wird auch für die Sekundarstufe A, B, und C dasselbe Lehrmittel verwendet. So wird mit schwachen Schülerinnen und Schülern, deren Berufsaussichten im Bereich der einfachen handwerklichen Berufe liegen, hohe Mathematik und zwei Fremdsprachen gepaukt, damit ihnen ein eventueller Übertritt ins Gymnasium immer offen steht. Dies obwohl die Schüler am Ende weder Englisch und Französisch beherrschen, noch genügend Deutschkenntnisse und handwerkliche Fertigkeiten mitbringen, um überhaupt eine Lehrstelle zu finden. (vgl. Thesen 2-4)

Untaugliches Zuteilungsverfahren

Das gegenwärtig gültige Zuteilungsverfahren der Primarstufe an die Oberstufe ist die so genannte Gesamtbeurteilung. Sie ist äusserst zeitaufwändig und bringt im Endeffekt nicht die nötigen Resultate. Bei dieser Form der Beurteilung zählt die tatsächliche Leistung nur als einer von mehreren Faktoren. Die Eltern haben zudem ein Mitspracherecht bei der Zuteilung. Dieses neue System der Zuteilung hat eine Verschlechterung der Ausgangsbedingungen für die Oberstufe mit sich gebracht. Die Klassen sind heterogener, die Unterschiede innerhalb der einzelnen Stufen grösser. Die Feinauswertung von PISA hat zudem festgestellt, dass mit diesem Übertrittsverfahren die Chancengleichheit nicht gewährleistet ist, da Kinder mit ambitionierten Eltern bevorteilt sind durch den Einsatz ihrer Eltern für eine bessere Einteilung.

Es bestehen heute zudem zu grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden bei der Zuteilung an die Oberstufe. (vgl. Thesen 4,5)

Mangelhaftes Ausbildungskonzept für Lehrpersonen

Das Ausbildungskonzept der Pädagogischen Hochschule ist auf die Ausbildung von so genannten Fächergruppenlehrkräften ausgerichtet. Fächergruppenlehrkräfte werden nur noch für wenige Fächer ausgebildet mit der Absicht, durch die Konzentration auf weniger Stoff, das Niveau von Fachlehrkräften erreichen zu können. Diese einseitige Fokussierung auf die fachliche Kompetenz bringt erhebliche pädagogische Nachteile mit sich, gerade auch auf Primarschulstufe, wo die Klasseneinheit stets eine wichtige Komponente dargestellt hat und damit aufs Spiel gesetzt wird. Diese neue Art der Ausbildung bildet keine Klassenlehrer im herkömmlichen Sinne mehr aus. Zudem wird die Ausbildung zur Einheitslehrkraft für die Oberstufe den Schülerinnen und Schülern der einzelnen Abteilungen der Oberstufe nicht mehr gerecht. Die Entwicklung geht dahin, dass Jugendliche von immer mehr Lehrkräften unterrichtet werden. Besonders ungünstig wirkt sich eine Aufsplitterung der Pensen auf schwächere Schülerinnen und Schüler auf. Massive disziplinarische Schwierigkeiten wie häufige Absenzen und ein unbefriedigendes Arbeitsverhalten sind nicht selten die Folge.

Auch für Lehrpersonen ist diese Arbeitsform unbefriedigend. Viele junge Lehrkräfte, die pädagogisch ganzheitlich denken, möchten nach der Ausbildung eine Klasse führen können und die entsprechende Verantwortung übernehmen. Mit einem zu schmalen Ausbildungskonzept zur Fächergruppenlehrkraft wird diese Aufgabe erschwert. Die zu kurze durchschnittliche Verweildauer der Lehrkräfte im Schuldienst und die Aufsplitterung der Pensen bedeuten einen grossen Substanzverlust für die Schule. In Schulteams werden stabilere Verhältnisse und mehr Schulqualität erreicht, wenn Klassenlehrkräfte mit ausreichenden Pensen ihre Betreuungs- und Führungsfunktion voll wahrnehmen können. Auch Fachlehrkräfte profitieren von dieser soliden erzieherischen Basis.

In der Bildungspolitik stand der Gedanke der kollektiven Verantwortung im Rahmen der Geleiteten Schulen in den vergangenen Jahren im Vordergrund. Die Frage des pädagogischen Engagements der einzelnen Lehrkraft, das letztlich die Qualität einer Schule ausmacht, ist dadurch etwas in den Hintergrund getreten. Von Seiten der Bildungspolitik sind jetzt grössere Anstrengungen notwendig, um diese Entwicklung zu korrigieren.

Im Umfeld einer Gesellschaft mit oft unbefriedigenden erzieherischen Strukturen drohen zudem die schönsten methodisch-didaktischen Konzepte zu scheitern. Die Ausbildung angehender Lehrpersonen nimmt zu wenig Rücksicht auf diese Herausforderung und versäumt es, den Studierenden das nötige Rüstzeug zu vermitteln. (vgl. Thesen 7,8)

Zu eng gefasstes Weiterbildungskonzept

Das gegenwärtige Weiterbildungskonzept, das vor allem das Sammeln von möglichst vielen Kursdiplomen aller Art fördert, ist nicht mehr zeitgemäss. Weiterbildung geschieht nicht nur durch gebuchte Seminare, sondern auch im Austausch mit anderen Fachpersonen, im gegenseitigen Feedback, in der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten und Inhalten.

Naturwissenschaftliche Fächer wie Physik oder Chemie zum Beispiel erfordern eine aufwändige Vorbereitung für die Lehrkräfte. Zweckmässig eingerichtete naturwissenschaftliche Sammlungen können die Arbeit erheblich erleichtern. Der Aufbau einer umfangreichen naturwissenschaftlichen Sammlung ist eine qualitätssichernde Aufgabe, die im Rahmen der internen Weiterbildung von Lehrkräften mit speziellem Fachwissen geleistet werden kann. Eine gute materielle Infrastruktur in den naturwissenschaftlichen Fächern und anderen Unterrichtsbereichen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Unterricht.

Eine andere Möglichkeit, auf die Schulqualität Einfluss zu nehmen, besteht in der Bildung von Fachschaften für einzelne Unterrichtsbereiche. Lehrkräfte mit besonderem Fachwissen oder einer grösseren Affinität zu einem Unterrichtsbereich tragen ihr Wissen in einer Fachschaft zusammen. Sie sind in ihrem Fachbereich Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen und stellen geeignetes Arbeitsmaterial für den Unterricht zur Verfügung. (vgl. These 9)

Zehn Forderungen für eine innere Reform der Sekundarschule

Wir bekennen uns zu den heute bestehenden Modellen der Sekundarstufe I: Dreiteilige Sekundarschule, Gegliederte Sekundarschule, Kleinklassen und Langzeitgymnasium.

1. Gemeinsame Entwicklung der Schule

Für das Gelingen des Reformprozesses ist eine konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten¹ eine entscheidende Voraussetzung. Über Reformen und deren Ziele ist transparent zu informieren. Schulversuche müssen wissenschaftlichen Kriterien² entsprechen.

2. Breiter gesellschaftlicher Konsens über die Bildungsziele

Die Basis des «Gesamtkonzeptes Schulentwicklung» ist ein breit abgestützter Konsens darüber, was Schülerinnen und Schüler am Ende der gesamten Volksschulzeit wissen und können müssen.

3. Schaffung von Leistungsstandards

Einheitliche Leistungsstandards konkretisieren die Bildungsziele und machen diese überprüfbar. Einen guten Ansatz liefern die aktuellen Bemühungen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK).

4. Anpassung des Lehrplans

Die aktuellen Lehrpläne der Volksschule sind auf die zuvor definierten Bildungsziele hin auszurichten. Sie enthalten für alle Fächer, Stufen und die verschiedenen Abteilungen der Oberstufe verbindliche Inhalte und Ziele. Der Unterricht hat sich darauf auszurichten. Entsprechende Vorgaben für die Primarschule helfen, die ganze Übertrittsproblematik an den Schnittstellen zur Oberstufe besser in den Griff zu bekommen.

5. Standardisierte Tests

Standardisierte Tests fördern die Überprüfbarkeit von Lernzielen. Sie sind zu koordinieren und auf die Ziele der Lehrpläne auszurichten. Um eine Fokussierung der Unterrichtstätigkeit auf den kognitiven und leicht messbaren Bereich zu vermeiden, müssen parallel dazu auch die schwerer fassbaren Kompetenzen erfasst werden.

6. Anpassung der Lehrmittel

Die bestehenden und noch zu entwickelnden Lehrmittel haben den Vorgaben des Lehrplans zu entsprechen. Ihre Praxistauglichkeit hat erste Priorität.

7. Klarer Berufsauftrag

Der Berufsauftrag für Lehrkräfte ist in Übereinstimmung mit den festgelegten Unterrichtszielen zu definieren und auf das Kerngeschäft zu fokussieren. Für die Wahrnehmung der über diesen Auftrag hinausgehenden Aufgaben sind Fachleute zu bezeichnen und die erzieherische Zusammenarbeit mit den Eltern ist zu verstärken.

8. Überarbeitung des Ausbildungskonzeptes der Pädagogischen Ausbildung

Die Lehrerbildung muss die Beziehungsfunktion der Klassenlehrperson stärker berücksichtigen und die angehenden Lehrpersonen verstärkt befähigen, ein konstruktives Arbeits- und Sozialverhalten bei ihren Schülerinnen und Schülern zu entwickeln.

9. Weiterbildung

Die Weiterbildung von Lehrpersonen soll sich nicht nur auf den Besuch von offiziell ausgeschriebenen Kursen beschränken, sondern ist umfassender zu verstehen und auch entsprechend zu fördern und zu würdigen.

10. Umgang mit Fremdsprachigen

Für den zusätzlichen Deutschunterricht für Fremdsprachige sind verbindliche Lernziele zu formulieren, für den Übertritt in die Regelklasse standardisierte Tests zu verwenden. Eine frühest mögliche intensive Deutschförderung ist zu unterstützen.

...und noch dies:

Eine wichtige Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung jeglicher Massnahmen ist, dringlich und unbedingt, die Entlastung der Schule von erzieherischen Aufgaben, die über den schulischen Erziehungsauftrag hinausgehen. Dafür ist bestehendes Recht (i.e. disziplinarische Massnahmen gegenüber Schülerinnen und Schülern, Elternpflichten, etc.) konsequent durchzusetzen.

¹ Bildungspartner sind: Bildungsrat, Verwaltung/Schulentwicklung, Lehrpersonen aller Stufen, Industrie, Gewerbe und abnehmende Schulen, Eltern, politische Parteien, Bildungsforschung, u.a.

² Wichtige Rahmenbedingungen für Schulversuche sind zum Beispiel: die Erhebung von Vergleichsdaten vor, während und nach dem Versuch, die Randomisierung der teilnehmenden Schulen/Klassen (Auswahl nach dem Zufallsprinzip), Einbezug einer Kontrollgruppe, usw.

Anhang

Entstehung der heutigen Form der Sekundarschule und Gedanken zu einer Abschaffung der Sekundarstufe C

von Hans Wymann und Hanspeter Amstutz

Entwicklung der Sekundarschule

Die Ausbildung der Oberstufenschüler erfolgt heute mehrheitlich in drei Leistungsbereichen. Es sind dies die Sek A (vormals Sekundarschule), die Sek B (vormals Realschule) und die Sek C (vormals Oberschule). Ein weiteres Modell ist die so genannte «Gegliederte Sekundarschule», die über nur zwei Stammklassen verfügt (Sek A und B) und innerhalb dieser Klassen für stärkere und schwächere Schüler verschiedene Niveaugruppen in einzelnen Fächern (meist Deutsch und Mathematik) anbietet.

Die Einteilung der Leistungsbereiche A, B und C war keineswegs willkürlich bemessen. So lagen der Schaffung der Sek B (ehemals Realschule) Versuche zugrunde, welche ein durchschnittliches Leistungsniveau ermitteln liessen. Gestützt auf die breite unterrichtliche und erzieherische Erfahrungsbasis, wurde eine den Voraussetzungen dieser Schülerinnen und Schüler entsprechende Methode entwickelt (werkstätiger Unterricht) und in einem Lehrplan die Unterrichtsziele und -inhalte definiert.

Die Sek C (ehemals Oberschule) wiederum hat ihren Ursprung in den 7. Abschluss- und Doppeltrepetentenklassen der Stadt Zürich und der Abschlussklasse von Winterthur. Die Sek C ist für die Jugendlichen bestimmt, welche die Bedingungen für den Übertritt in die Sek B nicht zu erfüllen vermögen, sei es wegen ungenügender geistigen Leistungen, wegen schwierigen Milieuverhältnissen oder beider Benachteiligungen zusammen.

Aufgabe der Sek C

Ein Unterricht, der unter Berücksichtigung obiger Umstände die hemmenden, bereits vorhandenen Defizite in Sprache und Mathematik systematisch abbaut und die Jugendlichen wieder Vertrauen in ihre Schularbeit gewinnen lässt, ist wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Neubeginn auf der Oberstufe. Die Schülerzahlen der Klassen sind in der Sek C absichtlich niedrig gehalten. Dies ermöglicht den Lehrpersonen, sich persönlich und individuell mit den einzelnen Jugendlichen zu befassen, mittels intensiver Elternarbeit die Eltern mit einzubinden und sich mit den Schulpsychologen und anderen involvierten Stellen zu vernetzen. Trotz der Lehrstellenschwierigkeiten können Schülerinnen und Schüler der Sek C auf diesem Weg Anlehren und Berufslehren antreten und absolvieren.

Seit 1980 stieg der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler in der Sek C kontinuierlich an von ursprünglich 29,6 Prozent (kantonaler Durchschnitt 1980) auf 64,5 Prozent (2004). Wohl noch nie hat ein Schulzweig sich bezüglich seiner ursprünglichen Aufgaben in einem derartigen Ausmass auf erschwerende Umstände einstellen müssen. Die Sek C wurde zur Sammelabteilung für Fremdsprachige, die meist nicht alleine sprachliche Defizite, sondern auf Grund dieser auch ungenügende Leistungen in Mathematik und Realien aus der Primarschule mitbrachten.

Es stellt sich heute die Frage, ob die Zuteilung der ausländischen Schüler zur Sek C effektiv in Übereinstimmung mit deren geistigen Leistungsfähigkeit erfolgt oder ob die Ursache für die zahlreichen Zuweisungen in die Sek C in der ungenügenden Förderung der deutschen Sprache zu suchen sind. Die Evaluation der Leistungen in der Primarschule (Moser/Rhyn, 2000) zeigt, dass die Unterschiede in den Deutschleistungen bereits in der Primarschule sehr gross sind. Dies zu kompensieren ist nicht die Aufgabe der Sek C, sondern der Auffangklassen (bisher E-Klassen) und des Aufnahmeunterrichts (bisher Unterricht «Deutsch als Zweitsprache – DaZ»).

Die Sek C leistet mit den «Sorgenschülern» der Oberstufe vorzügliche Arbeit. Diese findet nur leider wenig Anerkennung und wird unterschätzt. Der Grund liegt darin, dass die schwierige erzieherische

Aufgabe und deren Erfolg weder benotet noch tabellarisch publiziert werden können. Die rein utilitaristische Einschätzung der Schule gereicht den schwachen Schülern mit gutem Arbeitswillen und Einsatzbereitschaft leider immer wieder zum Nachteil.

Abschaffung der Sek C die bessere Lösung?

Die Aufhebung der Sek C würde bedeuten, dass die 2100 Schülerinnen und Schüler, die heute die Sek C besuchen, der Sek B (ehemals Realschule) und allenfalls der Sek A (ehemals Sekundarschule) zugeteilt würden. In den Klassen der Sek A und B würde eine so genannte innere Differenzierung angestrebt, um die durch die zugeteilten «Sorgenschüler» der Sek C grösseren Leistungsunterschiede in den Klassen auszugleichen. Diese innere Differenzierung soll gemäss Bildungsratsbeschluss durch eine «individuellere Leistungsförderung der Schülerinnen und Schüler mit entsprechenden Lernangeboten» erreicht werden. Wie dies konkret aussehen soll, wird nicht erläutert. Besteht die Absicht, die bestehenden Systeme der dreiteiligen und der Gegliederten Sekundarschule durch ein neues Schulsystem zu ersetzen?

Eine innere Differenzierung mit entsprechenden Lernangeboten birgt in jedem Fall sehr unterschiedliche und weit reichende Konsequenzen. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, wie weit ein Klassenunterricht bei vermehrter Differenzierung noch möglich ist. Die Beschränkung auf zwei Niveaufächer im System der Gegliederten Sekundarschule erfolgte seinerzeit unter anderem mit der Absicht, die erzieherischen Möglichkeiten des Klassenunterrichts nicht zu sehr zu schmälern. Aus demselben Grunde wurde angestrebt, die Unterrichts- und Erziehungsverantwortung durch eine beschränkte Anzahl von Lehrpersonen (eine bis drei) wahrnehmen zu lassen. Ein gutes Lehrer-Schülerverhältnis ist für den Lehrerfolg mitentscheidend. Die Präsenz einer Lehrperson während einiger weniger Wochenstunden kann gerade benachteiligten Jugendlichen nicht die für sie notwendige Bezugsperson bedeuten, der sie sich anvertrauen können.

An der Sek C wird vor allem beanstandet, dass ihre Schüler wegen ihrer Zugehörigkeit zum «letzten» Zweig der Oberstufe stigmatisiert wären, sie im Verband mit qualifizierteren Schülern eine bessere Förderung erfahren würden und dass sie schliesslich kaum Chancen hätten, eine Berufslehre anzutreten. Bei fehlenden Berufschancen wäre vorerst abzuklären, ob diese in den mangelnden Sprachkenntnissen begründet sind, was andere Problemlösungen erfordern würde. Auch die Arbeitshaltung gilt als ganz entscheidender Faktor bei der Stellensuche. C-Schüler besitzen Chancen, wenn sie dank kleinerer Klassengrösse konsequente erzieherische Förderung und Führung erfahren und bei der Lehrstellensuche von der Lehrperson begleitet werden.

Weiter wird die angestrebte Eliminierung der Sekundarklassen C vor allem mit Leistungsüberschneidungen zwischen den verschiedenen Schultypen begründet. Dabei kann auch die Meinung vertreten werden, dass die Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden, wenn mehr Anforderungsstufen zur Verfügung stehen. Auch bei einer Reduktion der Anzahl Anforderungsstufen werden die Leistungsüberschneidungen nicht verschwinden, sie könnten sich sogar verdichten. Gar keine solchen Überschneidungen sind nur in Gesamtschulen möglich, in denen alle Schülerinnen und Schüler denselben Unterricht besuchen und keine Aufteilung nach der 6. Klasse stattfindet. Während dies in Ländern mit weniger heterogenen Klassen und mehr Lehrpersonal, wie zum Beispiel in Finnland, durchaus möglich ist, würde dies im Kanton Zürich eine massive Einbusse an schulischer Qualität bedeuten. Es besteht in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass vom Verwaltungstisch aus operierende Schulentwickler und -entwicklerinnen lediglich bildungs- und gesellschaftspolitische Ideologien vor Augen haben und dabei die tatsächlichen Gegebenheiten und sich stellenden Probleme der entsprechenden Schulen übersehen oder falsch einschätzen.